



MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.15 1989 Preis 6.-

Österreichische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion der CWI/KAI
Kaisersgraben 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 98 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@gmx.at

Solidaritätspreis 10.-

Gastgewerbe: Kampf den Unternehmern

Nach 2jährigen Verhandlungen über die Einführung der 5-Tage-Woche im Gastgewerbe sind diese abgebrochen worden. Und das, obwohl die Gewerkschaftsführung ohnehin zu Kompromissen bereit war, die immense Vorteile für die Unternehmer gebracht hätten (Wie z.B. langfristige Durchrechnungszeiträume der Normalarbeitszeit und Änderungen des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes hinsichtlich der Sonntagsarbeit.)

Aber es bestand von Unternehmerseite natürlich kein Interesse die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern.

So knüpften sie an die Einführung der 5-Tage-Woche eine für die Gewerkschaft unerfüllbare Forderung - die Verlängerung der Nachtarbeitszeit für Lehrlinge bis 23 Uhr während der Sommerzeit.

Dabei herrschen sowieso schon Zustände, die ans 19.Jahrhundert erinnern. Es gelten fürs Gast-

gewerbe zahlreiche Sonderregelungen wie z.B. die Ausnahme vom grundsätzlichen Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit für Jugendliche - es muß nur jeder 2.Sonntag arbeitsfrei sein. (In Saisonbetrieben bekommen allerdings nur etwa 18% der Jugendlichen wenigstens diesen 2.Sonntag frei)

Doch nicht nur bei der Arbeitszeit herrschen katastrophale Zustände (50 oder gar 60 Arbeitsstunden pro Woche sind keine Seltenheit).

Die Arbeitnehmer im Gastgewerbe sind einer Vielzahl von Belastungen ausgesetzt: Sie haben sehr lange Arbeitszeiten, häufig auch an Sonn- und Feiertagen. Sie müssen trotz ständiger Belastung stets freundlich sein da sie auf die Trinkgelder angewiesen sind. Sie sind häufig sexuellen Übergriffen ausgesetzt. (Zu dem gilt es als Selbstkündigung wenn eine Frau wegen sexueller Belästigung am Arbeits-

platz kündigt und verliert damit alle Ansprüche auf Abfertigung!) Die Ausbildung ist oft vollkommen unzureichend. Lehrlinge werden als billige Arbeitskräfte mißbraucht und die Ausbildung wird vernachlässigt. So nimmt die ausbildungsbezogene Unterweisung durchschnittlich nur 8 Minuten pro Tag ein.

Zu alledem kommt noch, daß die Bezahlung im Gastgewerbe

Fortsetzung Seite 2

Inhalt :

088.....	3
Jugoslaven.....	4
SPÖ.....	8
Lehrlinge.....	8
Terrorismus.....	9
100 Jahre SPÖ.....	10
EG.....	12
35-Stundenwoche.....	14
Was wir wollen.....	15

EDITORIAL

Liebe Genossinnen!
Liebe Genossen!

Ihr habt wahrscheinlich gemerkt, daß Vorwärts seit längerer Zeit nicht erschienen ist. Das geschah nicht weil wir von der Notwendigkeit einer marxistischen Zeitung innerhalb von SPÖ, SJ und Gewerkschaften nicht mehr überzeugt sind. Im Gegenteil: gerade die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben gezeigt wie sehr es für eine klare sozialistische Politik der Arbeitermassenorganisationen an der Zeit wäre. Und deshalb haben wir uns hingesezt, damit eine neue Ausgabe von Vorwärts erscheint. Für die Zukunft haben wir uns folgendes Ziel gesetzt: VORWÄRTS soll ab dieser Nummer regelmäßig alle zwei Monate erscheinen. Doch dazu brauchen wir Hilfe in vielerlei Hinsicht. Neben der finanziellen Hilfe (Kampffondziel: pro Monat 1000 öS), brauchen wir Berichte aus den Betrieben und Schulen. Außerdem bitten wir auch VORWÄRTS aktiv zu unterstützen, das heißt Genossen die unsere Zeitung nicht nur lesen sondern an Freunde und Kollegen weiterverkaufen. Überall behaupten Bürgerliche, aber leider auch unsere Spitzenfunktionäre, daß für eine starke unabhängige Arbeiterpresse kein Bedarf mehr bestünde. Mit eurer Hilfe werden wir das Gegenteil beweisen.

Die Redaktion

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Quellenstraße 209/7 1100 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien

äußerst schlecht ist. Das mittlere Nettoeinkommen liegt bei 6180.- und damit 3020.- unter dem österreichischen Durchschnitt. Der Gipfel des Ganzen ist aber, daß im oberösterreichischen Gastgewerbe 42% der Jugendlichen unter dem festgesetzten Tarifsatz entlohnt werden.

Doch auch wenn sich ein Arbeitnehmer einmal dazu durchringt Anzeige zu erstatten, nützt ihm das wenig, da die zuständige Behörde die Bezirkshauptmannschaft ist. Und da diese in den meisten Fällen selber Gastwirte oder zumindestens mit solchen befreundet sind, werden Gesetzesübertritte meist als Kavaliersdelikte abgetan.

Obwohl das nur einige Beispiele für die extremen Mißstände im österreichischen Gastgewerbe

sind, wird deutlich, daß die Forderung nach Einführung der 5-Tage-Woche nur ein Bruchteil dessen ist was es zu Fördern gilt!

Dazu kommt noch, daß mit 1.1.89 die Mehrwertsteuer für Kaffee bzw. sämtliche warme Aufgußgetränke sowie die Alkoholsteuer für Wein halbiert wurde. Da es aber in den seltensten Fällen zu Preissenkungen für die Konsumenten kam, machen die Unternehmer noch größere Gewinne. Sie sind aber nicht bereit auch nur einen Teil dieser Profite weiterzugeben und zeigen damit offen, daß ihnen weder die österreichische Volkswirtschaft (von der sie immer behaupten daß sie ihnen so wichtig ist), noch das Wohl der Arbeitnehmer nahe liegt sondern nur ihre Gewinne.

Aufgrund der Tatsache, daß es seit Jahren keine offenen Arbeitskämpfe gegeben hat, fühlen sich die Unternehmer so sicher,

daß sie die Verhandlungen über die Einführung der 5-Tage-Woche im Hotel- und Gastgewerbe quasi boykottiert.

Die gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz hat als Antwort folgende Maßnahmen beschlossen:

* An touristischen Ballungszentren sollen ausländische Gäste über die schlechten Arbeitsbedingungen informiert werden.

* Die Arbeitsinspektoren werden aufgefordert die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften häufiger und schärfer zu überprüfen.

* Die Gewerkschaft HGPD (Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst) soll mit den Unternehmern getroffene Vereinbarungen bezüglich des Festlohnsystems für Saisonbetriebe und bezüglich der Schieds-

2 freie Tage pro Woche, 40 stündige Arbeitszeit, Überstundenbezahlung...

WOLLT IHR MICH RUINIEREN?!



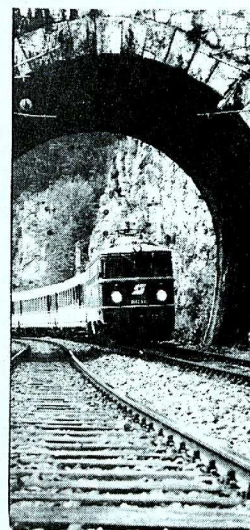
kommission (ermöglicht rasche und für Unternehmer billige Einigung bei Streitfällen im Arbeitsverhältnis) aufkündigen.

Die ÖGB-Spitze erklärte sich solidarisch und versprach ihre Hilfe. Wie weit diese Hilfe tatsächlich geht, wird sich noch zeigen. Die Unternehmer werden, solange sie nicht unter Druck gesetzt werden, den Forderungen nicht nachgeben. Das bloße Androhen von Maßnahmen ist aber nicht ausreichend. Die HGPD-Führung hält Streik wegen der niedrigen gewerkschaftlichen

ÖBB Ausbauen statt Einsparen

Ende 1986 reichte die ÖBB-Generaldirektion auf Druck der Bundesregierung Einstellungsanträge für die Nebenbahnen im Weinviertel, im Burgenland und für einige Linien in Niederösterreich und der Steiermark ein.

Die Stilllegung von 17 Nebenbahnen wurde mit der Einsparung von 5 250 Mio. erkärt (zum Vergleich: nur eine einzige Hochgeschwindigkeitslok kostet 5 35 Mio.). Durch diese Einstellungen würden ohnehin benachteiligte Regionen die Bahn als letzte Lebensader verlieren.



Nicht einkalkuliert bei dieser Rechnung sind allerdings die Folgekosten, die durch die Einstellung der 17 Linien anfallen würden. Schülerfreifahrten mit Bussen wären um 80 Mio. 5 teurer und durch verstärkten Lkw-Verkehr würden vermehrte Ausgaben für Straßenverbesserungen und Umwelt-

schutzmaßnahmen anfallen. Um wirklich Geld einzusparen würde es also nicht ausreichen, Nebenbahnen einzustellen, sondern es müßten auch diese Folgekosten "vermieden" werden. Das würde in der Praxis bedeuten: Einschränkung von Schülerfreifahrten, schlechtere Straßen und eine noch schlimmere Umweltsituation. Eine solche Politik ist absolut unsozial und daher gerade für Sozialisten nicht tragbar. Zuerst werden Steuergeschenke vor allem an Besserverdienende (durch Steuerreform) gemacht, dann wird bei sozialen Einrichtungen (wie der Bahn) gekürzt.

Doch bald zeigte sich Widerstand gegen diese Politik. Die Sozialistische Jugend Niederösterreich sammelte 13000 Unterschriften gegen die Einstellungen und die JG setzte die Erhaltung und Modernisierung zweier Linien im Weinviertel als Schnellbahnzubringer durch. Diese kleinen Beispiele zeigen auch, was sozialistische Jugendorganisationen erreichen können, wenn sie aktiv und offensiv die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. Was wäre erst möglich, wenn die SPÖ-Führung im Bündnis mit der Gewerkschaft, gestützt auf hunderttausende Mitglieder Politik für die Arbeitnehmer betreiben würde. Ein wichtiger Punkt einer solchen Politik wäre es, für den Ausbau von umweltfreundlichen Massenverkehrsmitteln wie der Bahn zu einer sozialen Preisgestaltung einzutreten.

Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350

KONTAKTADRESSE IM
IMPRESSUM SEITE 2

Organisierung für unwahrscheinlich. Zudem meint sie noch, daß einerseits dort wo Betriebsräte vorhanden sind die 5-Tage-Woche meist realisiert wurde und andererseits viele jugendlichen Arbeitnehmer die oft ungesetzlichen Arbeitsbedingungen akzeptieren, um schnell Geld zu verdienen.

Diese Arbeitskämpfe betreffen nicht nur die etwa 170.000 Arbeitnehmer im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, sondern fordert von allen Arbeitnehmern Solidarität. Denn sowohl freiwillige Leistungen der Arbeitgeber als auch gesetzlich verankerte können rückgängig gemacht werden. Und daß das von Unternehmerseite angestrebt wird, zeigt die Dreistigkeit mit der Angriffe auf die Lehrlingsbestimmungen gemacht werden. Die einzige Möglichkeit, diesen und andere Arbeitskämpfe zu gewinnen, ist die aktive Solidarität aller Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaftsführung muß sich auf Arbeitskämpfe vorbereiten und diese dann konsequent durchführen. Natürlich ist z.B. ein niedriger Organisationsgrad nicht gerade eine optimale Ausgangssituation. Doch viele Kollegen sind nur deshalb nicht in der Gewerkschaft, weil sie keinen Sinn darin sehen einer Organisation anzugehören, die sich seit über 40 Jahren ständig mit dem direkten Gegner "arrangiert". Der ÖGB muss sich endlich auf seine ganze Stärke stützen. Und in Bereichen wie der HGPD muss die Gewerkschaft durch offensive Aktionen ihre absolute Notwendigkeit für die Arbeiter beweisen.

Sonja Grusch SJ 10

(Die im Artikel verwendeten Zahlen und Fakten haben wir der HGPD-Studie "Hinter den Kulissen" entnommen.)

JUGOSLAWIEN in

1988 war ein schlechtes Jahr für die jugoslawischen Arbeiter. Die Inflationsrate stieg auf 251 % ! Dazu eine unfähige gespaltene Regierung und Putschgerüchte aus der Armee. Eine gewaltige Streikwelle überrollte das ganze Land.

Im Frühjahr 1941 fielen Mussolini und kurz darauf Hitler in Jugoslawien ein und eroberten das ganze Land in wenigen Tagen. Die kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) war die einzige Kraft, die effizienten Widerstand leistete.

Während des Partisanenkriegs blieben die Partisanen unter Führung Titos ohne jede ausländische Hilfe. Obwohl unvorstellbare Massaker durch die deutsche Wehrmacht an der jugoslawischen Bevölkerung stattfanden, blieb die Partisanenarmee siegreich.

In Folge des Aufbaus einer neuen Verwaltung in den befreiten Gebieten, wurde der Grundbesitz und die Fabriken von Kollaborateuren konfisziert um die Versorgung der Bevölkerung und der Partisanen zu sichern.

Nach dem Krieg hatten Tito und die jugoslawische KP-Führung eine Massenbasis in der jugoslawischen Bevölkerung und traten so gegen Stalin auf. Stalin sah darin eine Bedrohung des Jalta-Akommens. In diesem Abkommen mit den imperialistischen Mächten war vereinbart worden, daß Jugoslawien unter kapitalistischen Einfluß bleiben sollte.

Als Tito den Plan hatte, Jugoslawien und Bulgarien in einer Staatenföderation zusammenzufassen, verlangte Stalin von der KPJ, nichts ohne seine Einwilligung zu tun. Dies führte zu einem Bruch (Titos und) der KPJ mit Stalin.

1948 wurden die sowjetischen Militär- und Wirtschaftsberater aus Jugoslawien abgezogen und Jugoslawien aus dem kommunistischen Informationsbüro der stalinistischen Parteien in Ost-Europa ausgeschlossen (wegen Abweichens von der sowjetischen Generallinie). Moskau verhängte eine Wirtschaftsblockade über Jugoslawien und die sowjetische Presse begann eine Hetzkampagne gegen die Führer der KPJ. Daraufhin wandte sich Tito an den Westen und erhielt Wirtschafts- und Militärhilfe von den USA. Nach Stalins Tod 1953 entspannte sich die Lage zwischen Jugoslawien und der UdSSR.

Tito hatte mit Stalin, aber nicht mit den Methoden des Stalinismus gebrochen. 1940 säuberte er die KPJ von seinen Gegnern. Nach Kriegsende belohnten sich die Führer der KPJ mit Privatvillen und ein eigenes Versorgungswesen für die Bürokraten wurde geschaffen.

Eine Arbeiterdemokratie wie in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution in der UdSSR hat es in Jugoslawien nie gegeben.

Durch die Wirtschaftsblockade der UdSSR verschlechterte sich

zunächst die Lage in Jugoslawien. Die Bauern protestierten gegen die Kollektivierungsmaßnahmen und unter den Arbeitern nahm die Unruhe wegen der schlechten Versorgungslage zu.

Daraufhin beschloß Tito eine Dezentralisierung der Wirtschaft, wobei die Betriebe mehr Selbständigkeit erhalten sollten.

Anfangs entwickelte sich die Wirtschaft, aber auch die Bürokratie, die immer mehr zum Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte wurde, in gleichem Maße. Durch die Elemente der Marktwirtschaft (vor allem Konkurrenz zwischen den Betrieben) stieg gleichzeitig die Arbeitslosigkeit. Auch die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen dem vergleichsweise reichen Norden und dem unterentwickelten Süden blieb. Darin liegt auch die eigentliche Ursache für den Streit zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Nationale Frage:

Ein Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen um die autonome Provinz Kosovo. Hier beträgt die Arbeitslosenquote ca. 40 %, die Analphabetenrate liegt weit über dem Landesdurchschnitt. 87,4 % der Bevölkerung sind Albaner, 10 % sind Serben.



der Krise



Es gab immer wieder Unruhen, weil sich die Albaner von der Republik Serbien unterdrückt fühlten. (1981 wurde die Armee eingesetzt, um die Auseinandersetzungen zu beenden.)

Milosevic, der derzeitige serbische Parteichef versuchte diese Spannungen auszunützen um seine eigene Macht zu stärken. Er will die autonome Provinzen Kosovo und Woywodina wieder dem direkten Einfluß Serbiens unterstellen. Er versucht die Wut über die schlechte Wirtschaftslage in nationalistische Bahnen zu lenken. Er läßt Massendemonstrationen veranstalten und appelliert an den Nationalstolz der Serben.

So hat er bereits im Oktober 88 die KP-Führung von Kosovo zum Rücktritt gezwungen, da sie sich anfänglich seinen großserbischen Plänen widersetzt hatte.

In der ganzen Welt sind Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten oder Religionen die Folgen von Hunger oder wirtschaftlichen Mangel. Deshalb läßt sich das Mißtrauen einzelner Nationen gegeneinander, das sich in Folge langjähriger Unterdrückung

entwickelt hat, nicht von heute auf morgen beseitigen.

Im heutigen Jugoslawien würde die Angliederung Kosovos an Albanien oder die Loslösung Sloweniens eine Katastrophe bedeuten. Slowenien könnte als unabhängiger Staat wirtschaftlich nicht bestehen und den albanischen Arbeitern aus Kosovo ginge es noch schlechter, die Unterdrückung der Arbeiter durch den Staat in Albanien noch größer ist als in Jugoslawien.

Ursache für die Spannungen zwischen den Völkern Jugoslawiens ist die miserable wirtschaftliche Entwicklung. Diese ist zurückzuführen auf die Existenz einer privilegierten Bürokratie, die keine demokratische Kontrolle der Wirtschaft zuläßt.

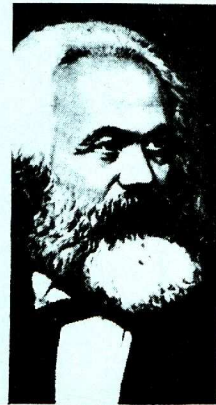
Die Hauptaufgabe einer neuen Führung der jugoslawischen Arbeiterklasse wäre die Organisation eines einheitlichen Kampfes aller jugoslawischen Arbeiter.

Claudia Sorger SJ 5

AKTUELL AKTUELL AKTUELL

Wir Arbeiter sind endlich müde für die Faulenzer zu arbeiten, in Entbehrung zu leiden, während andere im Überfluß schwelgen. Wir wollen uns von den Egoisten keine drückenden Lasten mehr auferlegen lassen, keine Gesetze mehr respektieren, welche die zahlreichsten und nützlichsten Menschenklassen in der Erniedrigung, Entbehrung, Verachtung und Unwissenheit erhalten, um einigen wenigen die Mittel in die Hand zu geben sich zu Herrn dieser arbeitenden Massen zu machen. Wir wollen frei werden und wollen daß alle Menschen auf dem Erdenrund so frei leben wie wir, daß keiner besser und keiner schlechter bedacht werde als der Andere, sondern alle sich die gesamten Lasten, Mühen, Freuden und Genüße teilen, das heißt in Gemeinschaft leben.

(Auszug aus dem Aufnahmegebißnis des Kommunistischen Bundes der Gerechten, in dessen Auftrag Karl Marx und Friedrich Engels das "Manifest der Kommunistischen Partei verfaßt haben")



SPÖ: Für eine sozialistische Offensive

Für viele SPÖ-Mitglieder und Wähler bietet die SPÖ zur Zeit das Bild einer krisengeschüttelten und desolaten Partei. Parteiaustritte und Stimmenverluste sind Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit mit der Politik der SPÖ. Nicht einmal die persönliche Integrität vieler Spitzenpolitiker unserer Partei scheint durch diverse Skandale noch gewährleistet. Was sind die Ursachen für dieses "Tief" gerade zum 100. Geburtstag? Welchen Weg muß die SPÖ gehen, um FPÖ und ÖVP, die Parteien der Unternehmer und Multis, zu schlagen und wieder die absolute Mehrheit zu gewinnen?

Als 1986 die Koalition mit der FPÖ aufgelöst wurde, atmeten viele SPÖ-Anhänger erleichtert auf. War doch die Politik der "kleinen" Koalition gekennzeichnet gewesen von Sozialabbau, Privatisierungsmaßnahmen und diversen Skandalen (zum Beispiel Reder-Frischenschlager-Handschlag). Die Koalitionsparteien waren derart diskreditiert, daß es so aussah, als ob die schwächlichen ÖVP die SPÖ übernehmen könnte und die FPÖ sogar aus dem Parlament fliegen würde. Viele Parteimitglieder hofften noch auf die entscheidende Wende der SPÖ, auf eine Absage an die bisherige Politik und einen

offensiven Wahlkampf, bei dem die SPÖ eine wirkliche sozialistische Alternative zum bürgerlichen Lager darstellen würde. Doch das genaue Gegenteil geschah. Der Bundeskanzler Vranitzky überholte den alten Regierungskurs noch rechts und die SPÖ versuchte, Inhalte durch Personen wett zu machen. Dadurch konnte (und kann) zwar vorläufig der ÖVP die eine oder andere Stimme abgenommen werden, die SPÖ verliert aber massenhaft Stimmen durch Nichtwähler und direktes Überlaufen zur FPÖ. Dieser war es nämlich gelungen, sich durch Obmannwechsel, Los-sagen von ihrer bisherigen Linie und durch populistische Schein-alternativen als einzige erneuerungsfähige Kraft zu präsentieren. Die SPÖ zog aus ihrer Niederlage bei den Wahlen 1986 keinerlei politische Konsequenzen. Vorläufig bleibt nur das "Nein" zur Zusammen-arbeit. (Zilk und Cap haben aber auch diese Aussage in-zwischen schon "aufgeweicht".) Und als politischen Schluß aus der letzten Wahlniederlage sah die Parteisitze die Notwendig-keit zur Koalition mit der ÖVP, die dadurch ebenfalls nach einer schweren Wahlniederlage und 16 Jahren Opposition wieder Regierungspartei wurde. Diese Koalition hat sich von Anfang

an, einem scharfen Kurs der Umverteilung von Unten nach Oben (zum Beispiel durch die Steuerreform), der Privatisierung im großen Maßstab, des Sozialabbaus und des Bildungsstopps etc. verschrieben. Die Aufgabe der SPÖ in dieser Regierung war vollkommen klar. Solange die Sozialdemokratie noch so stark ist, wagen es die Bürgerlichen nicht, gegen sie zu regieren. Die können diese SPÖ dazu benützen, ihre Maßnahmen relativ gefahrlos durchzusetzen. Auf Grundlage einer solchen Politik ist es für die FPÖ natürlich relativ leicht gewesen, den Unmut in der Bevölkerung aufzufangen und griffige Scheinlösungen anzubieten. Dieses zeigte sich auch in allen folgenden Landtagswahlen: massive Stimmenverluste für die SPÖ bei ent-täuschten Stammwählern (besonders in Krisenregionen). Die ÖVP, die sich mehr und mehr als völlig unfähig erweist, Alternativen anzubieten, wird völlig auf-gerieben. Diese Bewegungen in der politischen Landschaft zeigen die Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik. Der Wunsch nach Veränderung ist groß. Dafür sind die Siege der FPÖ sicherlich ein Ausdruck. Wen und was vertreten Haider und Co. wirk-lich?

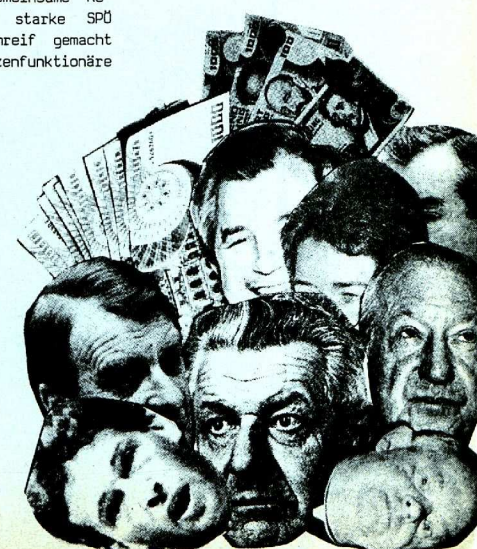
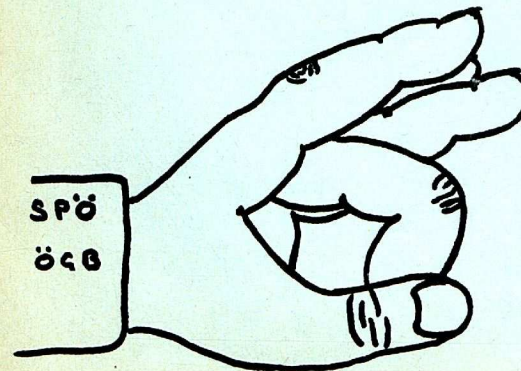
Die FPÖ ist und war nie die Partei des "kleinen" Mannes. Sie war von Anfang an als kleine Partei des großen Kapitals konzipiert gewesen. Die VDU wurde sogar von der SPÖ gestützt, weil man sich dadurch eine Spaltung des bürgerlichen Lagers erhoffte. Doch ihre tatsächliche Aufgabe war nicht die Schwächung der Bürgerlichen. Erstens sollte sie die Stimmen vieler ehemaliger Nazis gewinnen. Zweitens sollte die FPÖ als flexible Partei des Kapitals in Krisensituationen dorthin gehen, wo die Bürgerlichen sie gerade brauchten. In den kommenden Jahren erfüllte die FPÖ diese Aufgabe vollends. Sei das nun als sie mit der ÖVP eine Koalition anstrebte, die damals durch die SPÖ noch verhindert wurde. Oder als sie 1970, als sich die öster-reichischen Bürgerlichen in einer tiefen Krise befand, den (nach eigener Definition) rechten Sozialdemokraten Kreisky zum Kanzler machte. Oder als sie sich 1983 als Wachhund der Bourgeoisie in die Regierung setzte, um die konservative Politik durchzusetzen. Doch was an dieser Partei über all die Jahre gleich blieb, egal ob mit liberalem, nationalem oder sonstigem Mäntelchen, ist, daß die FPÖ die Politik gegen die Arbeiterschaft vorantrieb. Haider ist nur eine neue, be-sonders bunte, Facette für diesen

Kurs. Er vertritt ein durch und durch arbeiterfeindliches Programm: totaler Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie, erbarmungsloses Streichen von Sozialleistungen (Empfänger von solchen Leistungen sind für ihn ja bekanntlich Schmarotzer.), keine Pragmatisierung für kleine Beamten mehr, Eingliederung von sozialistischer Freizeitverbänden (zum Beispiel ASKÖ) unter einheitliche bürgerliche Dachorganisationen,... Natürlich vertritt Haider dieses Programm in seinen Wahlkämpfen nicht offen, sondern je nach Örtlichkeit und Publikum. Einmal ist ein Schuß Wirtschafts-liberalismus dabei, dann wieder Ausländerfeindlichkeit oder allgemeines Hetzen gegen die da "oben".

Eines ist klar: Die FPÖ bietet keine wirkliche Alternativen für die Arbeiterschaft, genauso wenig wie die ÖVP dazu in der Lage ist. Die FPÖ verkauft sich nur anders und besser. Die ÖVP kann und will die FPÖ auch gar nicht stoppen (siehe Kärnten). Haider rettet verlorene Stimmen für das bürgerliche Lager und gewinnt zusätzlich Proteststimmen von der SPÖ. In Wirklichkeit bereiten sich ÖVP und FPÖ schon längst auf die gemeinsame Regierung vor. Die starke SPÖ soll langsam sturmreif gemacht werden, ihre Spitzenfunktionäre

werden zuerst bestochen und dann entlarvt. Die SPÖ ist die einzige Kraft, die eine Alternative zur Perspektivlosigkeit der ÖVP und den Scheinlösungen der FPÖ sein könnte. Ein wichtiger Schritt wäre eine grundlegende Analyse der Situation und ein offenes Eingestehen der Fehler der Ver-gangenheit.

Vranitzky, Cap, aber auch Spitzenvertreter der SJ und JG versuchen die Situation der Partei, mit Schlagwörtern zu entschuldigen. Von Annäherung an westeuropäische Strukturen, neuen Mittelschichten, Aufbrechen des traditionellen Lagerdenkens ist die Rede. Diese wohl bewußt hoch gestochenen Begriffe er-klären in Wirklichkeit gar nichts, sondern verschleiern höchstens die realen Ursachen dafür, daß die SPÖ binnen weniger Jahre 500.000 Stimmen verloren hat. Das hat nichts mit der Entstehung neuer Mittelschichten zu tun. (Schon Marx hatte er-kannt, daß diese immer weniger werden, d.h. eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten einer immer größeren Zahl von Lohnab-hängigen gegenüber steht.)



100

JAHRE SPÖ: KAMPF FÜR SOZIALISMUS?

Die hundertjährige Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ist nicht nur die Geschichte einer siegreichen Partei, sondern auch die Geschichte von schmerzlichen Niederlagen der Arbeiterklasse.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse waren im 19. Jahrhundert für die sich rasant entwickelnden Produktivkräfte zu eng geworden. Der technische Fortschritt schuf zwei neue Klassen: die Bourgeoisie und das Proletariat. Zu den ersten Regungen der Arbeiterklasse kam es in der Revolution von 1848. Aber die Ereignisse von 1848 zeigten, daß sich die Bürgerlichen niemals für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzen würden, sondern nur für ihre eigenen. Eine eigene Arbeiterorganisation war daher notwendig.

1888/89

Zum Jahreswechsel 1888/89 einigten sich die verschiedenen Strömungen der bereits 1874 in Neudörfel gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf ein radikales Reformprogramm. Dieses Programm war ein Kompromiß zwischen revolutionären, reformistischen und anarchistischen Tendenzen und beinhaltete daher nur die gemeinsamen Forderungen. Die gesellschaftsverändernden Forderungen waren bebaut sehr allgemein gehalten.

Während die Arbeiterklasse immer stärker wurde und dies auch in machtvollen Demonstrationen zeigte (1. Mai 1890), war das vorrangige Ziel der Parteispitze der Einzug in den Reichsrat - der Sozialismus war für die Führung eine in weite Ferne gerückte Vision!

Im Programm von Hainfeld wurde als Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse "der

Übergang der Arbeitsmittel in gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes" genannt, aber die Partei ging niemals daran, diese Grundsätze zu verwirklichen.

1914 aber, zu Ausbruch des ersten Weltkrieges, bejubelte die Arbeiterzeitung in ihrem Leitartikel den Krieg. Dies war der wohl deutlichste Ausdruck für die Entfernung der Partei von ihren eigentlichen Aufgaben.

1918

Im Frühjahr 1918 kam es zu zahlreichen Arbeitererhebungen. Ganz Europa war, als Folge des Krieges und der Russischen Revolution von 1917, in einer revolutionären Situation. In Österreich kam es zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Aber anstatt sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen und eine sozialistische Räterepublik auszurufen, begnügte sich die Sozialdemokratie damit, eine bürgerliche Republik auszurufen. Sie sagte zwar einerseits, daß "die Situation noch nicht reif für eine Revolution und das Kräfteverhältnis der Klassen ungünstig sei", mußte aber andererseits zugeben, daß "nur Sozialdemokraten wildbewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden und die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten konnten" (Otto Bauer).

Es kam nicht zur Enteignung des Kapitals und die Betriebe wurden nicht unter Arbeiterkontrolle gestellt. Stattdessen kam es zur Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen.

Trotz der Schwäche des Bürgerturns verwirklichten die Sozialdemokraten nur einige Sozialgesetze (z.B. 8-Stunden-Tag).

Nach dem Ausscheiden aus der Regierung wurde in Wien eine vorbildliche Wohnbau- und Sozialgesetzgebung geschaffen. Das wurde aber nicht durch Arbeitskämpfe erreicht, sondern indem die Sozialdemokraten den Bürgerlichen mit der Revolution drohten. Gleichzeitig hielten sie die Arbeiter jahrelang zurück, ebendiese Revolution zu machen.

Die so geschwächte Sozialdemokratie wurde von den Bürgerlichen überall - im Parlament und auf der Straße - angegriffen. Aber anstatt auf diese Angriffe zu reagieren, wich die Parteiführung Schritt für Schritt zurück. Weder 1927, nach dem Freispruch der Mörder von Schattendorf und dem Justizpalastbrand, noch 1933 nach der Ausschaltung des Parlaments rief die Parteiführung zum geschlossenen Generalstreik auf, der den Beginn der sozialistischen Revolution bedeuten hätte können.

Auch heute noch können die bürgerlichen Parteien die Arbeiterparteien in die Defensive zwingen, wenn sie merken, daß diese nicht ernsthaft an Gegenwehr denken.

1934

Der Aufstand im Februar 1934 war nur noch ein verzweifelter Aufschrei der unterdrückten Arbeiterschaft und gleichzeitig die Ehrenrettung der österreichischen Sozialdemokratie. Die SDAP verabsäumte es, sich auf die soziale Revolution vorzubereiten und diese zu organisieren, deshalb war der heroische Kampf der Schutzbündler aussichtslos. Die Bürgerlichen machten der körperlosen Demokratie ein Ende, um die Macht der Sozialdemokratie endgültig zu brechen. Die Haltung der Sozialdemokratie hat der Arbeiterschaft



und der Partei nur geschadet. Das führte zuerst zum Austrofaschismus und dann zum Nationalsozialismus.

1945

Nach der Befreiung Österreichs unterstützte vor allem die sowjetische Besatzungsmacht Karl Renner bei der Bildung einer provisorischen Regierung.

Die SPÖ war nach Kriegsende durch die Vereinigung der Revolutionären Sozialisten mit den Sozialdemokraten entstanden. Doch die Partei hatte aus den Fehlern der Zwischenkriegszeit nichts gelernt. Sie drängten nicht zur Enteignung des Großkapitals und der Kriegsgewinnler sondern in die Koalition mit der schwachen ÖVP.

Die Koalition, die besonders für den Wiederaufbau als notwendig präsentiert wurde, hielt 21 Jahre. Den Grundgedanken der gemeinsamen Entscheidung mit der ÖVP hat die SPÖ bis heute nicht aufgegeben und in der Sozialpartnerschaft institutionalisiert. So hat die SPÖ bereits in ihren Anfängen ihren Einfluß geschwächt indem sie den Klassenkampf von der Straße in die Verhandlungsräume führte und schließlich für tot erklärt wurde. Die Anbiederung an die Bürgerlichen ging soweit, daß zwischen 1947 und 1951 fünf Lohn-Preis-Abkommen zwischen

Unternehmer- und Arbeitnehmervertreter ausgehandelt wurden, die eine Reallohnsenkung zur Folge hatten.

OKTOBERSTREIK 1950

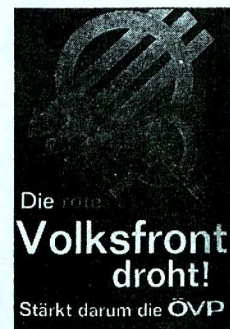
Während die ersten drei noch akzeptiert wurden, kam es beim vierten zum Oktoberstreik 1950. Im September 1950 begann eine Streikwelle, die binnen kürzester Zeit die meisten Großbetriebe erfaßte. SPÖ und ÖGB-Führung stellten sich gegen die streikenden Arbeiter, während die KPÖ sie unterstützte.

Der Oktoberstreik wird heute gerne als kommunistischer Putschversuch bezeichnet. Doch konnte die KPÖ weder die Führung des Streiks übernehmen, noch streikten die Arbeiter für die Machtübernahme der KPÖ.

Mitte der 50iger Jahre vollzog sich zwar ein Generationswechsel, die SPÖ behielt aber ihre Sozialpartnerschaftliche Politik bei. Die Parteispitze war bereits vollends in den bürgerlichen Staatsapparat eingebunden. Der langanhaltende Wirtschaftsaufschwung förderte auch bei vielen Arbeitern den Glauben an den krisenfreien Kapitalismus. Die Parteispitze sah es als ihre Aufgabe einen friedlichen Sozialstaat aufzubauen. Ihre Ursprüngliche Rolle aber, die Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus

zu übernehmen, hatte sie völlig verdrängt.

Die große Koalition hielt bis 1966. In den folgenden 4 Jahren ÖVP Alleinregierung erwies sich diese als vollkommen unfähig die dringsten gesellschaftlichen Probleme zu lösen.



Wahlkampfplakat 1966

Gleichzeitig gelang es der SPÖ, sich durch ein schwungvolles Reformprogramm als Alternative anzubieten. Große Teile der Wirtschaft spürten, daß bei einer Fortführung des bisherigen Kurses Klassenkämpfe drohten.

Sie waren bereit einer SPÖ Regierung kampfflos den Platz zu räumen von denen sie erwarteten, daß sie keine ernste Gefahr werden würde. Sie hatten sich in ihrer Einschätzung der SPÖ-Führung nicht geirrt.

Es wurden zwar einige grundlegende Reformen im Schulbereich, im Wehrgesetz, in der Arbeitsverfassung, in der Sozialgesetzgebung und im Justizbereich durchgesetzt. Aber die Regierung Kreisky änderte nichts an den bestehenden Eigentumsverhältnissen und an den Einkommensunterschieden. Es wurde lediglich ein soziales Netz gespannt das den ärmsten Bevölkerungsschichten sozialen Halt geben sollte. Bis zur ersten Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre waren diese Reformen noch relativ einfach möglich. Doch die Krise grenzte den Rahmen für soziale Verbesserungen ein. Die SPÖ-Regierung versuchte dem durch verstärkte Schuldenaufnahme entgegenzutreten. Das Budgetdefizit stieg ins Unermessliche. Anfang der 80er Jahre begann die Regierung wegen des immer stärker werdenden Drucks der Bürgerlichen aufgrund der sich verschärfenden Weltwirtschaftlichen Lage mit offenem Sozialabbau.

Diese Politik führte schließlich 1983 zum Verlust der absoluten Mehrheit. In der Folge verabsäumte es die SPÖ aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und mußte weitere schwere Wahlniederlagen einstecken.



SPÖ-Politik heute: Privatisierung Gerade angesichts der sich verschärfenden sozialen Gegensätze und angesichts der Tatsache, daß es von Unternehmerseite Angriffe auf die Grundrechte der Arbeiter gibt, ist es notwendig, konsequent für die Rechte der Arbeiter einzutreten. Mit einem klar sozialistischen Programm wäre eine absolute Mehrheit der SPÖ möglich.

EG - FÜR DIE VEREINIGTEN

In praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen finden derzeit heiße Diskussionen zum Thema EG statt. Wir wollen versuchen, die EG und die Binnenmarktforderungen marxistisch zu analysieren und damit beitragen, Möglichkeiten und Aufgaben, die sich SJ/SPÖ und Gewerkschaften in der Zukunft stellen werden, aufzuzeigen:

Die EG, wie sie heute besteht, geht in ihren Anfängen zurück bis in die frühen 50er Jahre. Damals schloß man sich in Europa auf manchen Gebieten zusammen (Zahlungsunion, Gemeinschaft für Kohle und Stahl), um gegen den großen Wirtschaftsraum USA bestehen zu können. Dieses Vorgehen war damals nur möglich, weil sich die Wirtschaft weltweit im Aufschwung befand und die Kapitalisten der einzelnen Länder Vorteile in einem Zusammenschluß sahen. Zum einen wuchs der Inlandmarkt in praktisch allen Staaten gewaltig, zum anderen ist der Aufbau von Handelshemmnissen gegenüber Dritten in der Gemeinschaft bedeutend einfacher. Das Ziel der damaligen Sechsergemeinschaft war in erster Linie eine Zoll- und Handelsunion (der EWG, in der die heute führenden europ. Nationen - BRD und Frankreich - schon damals das Sagen hatten). Diese war vor allem als ein Mittel gegründet worden, um die 3. Welt Länder besser ausbeuten zu können und sekundär um einen Binnenmarkt zu verwirklichen.

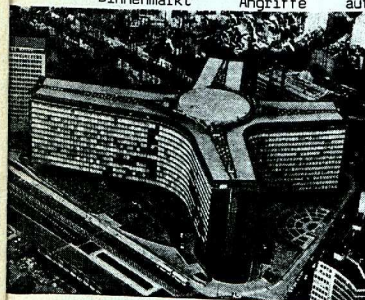
Dies zeigte sich auch bei den Entwicklungen in den 60er und 70er Jahren. 1967 wurden einheitliche Zollsätze der EG-Staaten gegenüber Drittländern beschlossen. Aber durch die Aufnahme von GB, Irland und Dänemark und in der Folge von Griechenland, Spanien und Portugal strömte verstärkt unterschiedliche Interessen der jeweiligen natio-

nen Bourgeoisie in die EG hinein. Das Binnenmarktziel, das praktisch seit Gründung der EG besteht, wurde abermals vertagt. 1957 hieß es im Artikel 8 des EWG-Vertrages, daß die Übergangsperiode zum Binnenmarkt im allerhöchsten Fall 15 Jahre, also bis 1972 betragen wird. Es grenzt schon fast an Ironie, daß 1985 das Ziel "Binnenmarkt 1992" aufgestellt wurde. Die vier Freiheiten, die für einen Binnenmarkt als Voraussetzung notwendig sind, wurden so festgesetzt:

- 1) Freiheit des ungehinderten Warenaustausches
 - 2) Freiheit für Dienstleistungen quer durch die Gemeinschaft
 - 3) Freiheit der Kapitalbewegung
 - 4) Freiheit der Wahl des Arbeitsortes innerhalb der EG
- Bis jetzt ist nur die 3. und 4. Freiheit beschlossen. Ende 1992 müssen alle Devisen und Kapitalbeschränkungen auch gegenüber Nicht-EG-Ländern fallen. Daher kann jeder, der Kapital hat, es anlegen, wo es den meisten Profit bringt. Die vierte Forderung ist zum Teil schon in der 60ern verwirklicht worden. Die EG-Gremien sollten jetzt noch die anderen beiden Freiheiten verwirklichen und ca. 200 Gesetze, Richtlinien und Normen vereinheitlichen. Freiheit des Warenaustausches würde bedeuten, daß alle in der EG erzeugten und gehandelten Waren, so gekauft und verkauft werden, als wäre die EG ein einziger Staat mit einem Staatsapparat, Parlament, einer Wirtschafts- und Währungspolitik (einer Währung). Dies widerspricht den natürlichen Interessen des Kapitals in den einzelnen EG-Staaten. Hier haben die Staaten Handelshemmnisse geschaffen, um die nationalen Bestimmungen zum Verbraucher- und Erzeuger-

SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA

schutz durchzusetzen. Da sind unterschiedliche Verbrauchsteuersätze auf die verschiedenen Warenarten (Mineralölsteuer, Alkoholabgabe....) sowie unterschiedliche Mehrwertsteuersätze und die diversesten Subventionen. Verschiedene Reinheitsgebote, die regelmäßig zu regelrechten Handelskriegen führen (Bier- und Spaghettikrieg), tun ein Übriges dazu. All diese nationalen Barrieren müßten erst einmal fallen, um die volle Freiheit des Warenhandels zu gewährleisten. Doch die nationalen Konzerne werden sich immer wieder an ihre Regierung wenden, um Subventionen und Staatsaufträge zu erhalten und Gesetze und Verordnungen zu ihrem Schutz vor ausländischer Konkurrenz durchzusetzen. Da ist es kein Wunder, wenn der oberste EG-Kommissar J. Delors nur die Abschaffung der Grenzen bis 1993 als sein Ziel betrachtet. Doch diese Grenzkontrollen sind nur nötig, weil oben genannte Vorschriften sie zwecks Einhaltung notwendig machen. Die Kapitalisten werden es nicht schaffen, die Grenzen Europas abzubauen. Das hindert sie aber nicht daran, mit dem Argument "Binnenmarkt" Angriffe auf



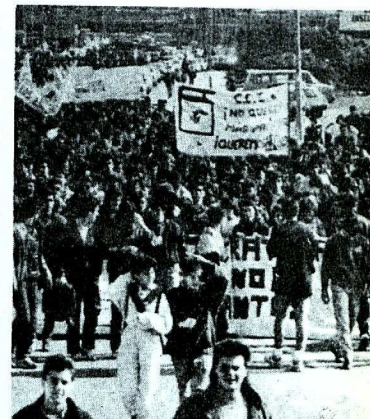
Nein zum Europa der Konzerne...

Lebensstandard, Errungenschaften und Arbeitsplätze der arbeitenden Bevölkerung zu machen. Philipps-Chef Klugt meinte z. B.: "Bis 1992 sollen 60 der 180 Philippsfabriken innerhalb der EG geschlossen werden." Das sind 20 000 Arbeitsplätze weniger. Kapitalistische Wirtschaftspolitikern geben ganz offen zu, daß im Vorfeld des Binnenmarktes ca. 500 000 bis 1 000 000 Arbeitsplätze verloren gehen werden. Alle großen Konzerne kaufen sich in andere Konzerne innerhalb der EG ein. Bei Firmenaufkäufen werden aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern bestehende wegrationalisiert. Arbeiter sollen auf Teile ihres Lohnes verzichten, damit die Produkte des jeweiligen Konzerns konkurrenzfähiger werden. Dieses Argument der Unternehmer ist schon deswegen Unsinn, weil es in allen Ländern und von allen Konzernen angewandt wird.

Nach dieser Logik müßten wir bald alle wie im vorigen Jahrhundert zu Hungerlöhnen arbeiten. Lohnverzicht schafft außerdem Arbeitslosigkeit, denn die Arbeiter produzieren nicht nur die Waren, sie sollen sie auch noch kaufen. Wir müssen diesen Angriffen offensiv und auf breiter Ebene entgegenreten. Daher: Kampf um Arbeiterrechte, Arbeitszeitverkürzung, Kündigungsschutz, Mutterschutz, Streikrecht, Einhaltung von Sozial- und Tarifverträgen auch bei grenzüberschreitenden Aufträgen, in ganz Europa. Die Forderung nach europaweiter Anpassung der Löhne und Gehälter darf nicht eine Anpassung nach unten bedeuten!!

Um gegen die grenzüberschreitenden Angriffe des Kapitals ankämpfen zu können, bedarf

es einer grenzüberschreitenden Organisation der Arbeiterklasse. Überall wo wir können, müssen wir gegen die Spaltung der Arbeiter in nationale Gruppen auftreten. Wir dürfen es nicht zulassen, daß z. B. türkische und österreichische Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden,



...ja zum Europa der Arbeiter

nach dem Prinzip "spalte und herrsche". Wir wollen sehr wohl ein einiges Europa, ein Europa der Arbeiter. Die Kapitalisten werden niemals ein grenzenloses Europa schaffen, daher müssen SJ/SPÖ und Gewerkschaften überall Binnenmarktillusionen zerschlagen und zeigen, was sich wirklich hinter ihnen versteckt. Die Zukunft kann für uns nur in den Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa als ein Schritt vorwärts zu einer sozialistischen Welt liegen.

(Als Resolution von der Bezirkskonferenz der SJ-Margareten 1989 angenommen.)

35-Std-Woche

Über 20 Millionen Arbeitslose in den OECD-Staaten, ein Viertel davon Jugendliche, 40% Langzeitarbeitslose, die nur noch schwer zu vermitteln sind und dabei die Aussicht, bei einer zu erwartenden Rezession weitere Arbeitsplätze zu verlieren.

Eine traurige (Teil-) Bilanz kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Als Alternative zur Arbeitszeitverkürzung versuchen uns die Unternehmer immer wieder die Ausweitung der Teilzeitarbeit anzubieten. Natürlich dient sie, sieht man genauer hin, nur den Interessen der Arbeitgeber, die Situation der betroffenen Arbeitnehmer ist durchaus nicht erstrebenswert.

Einige Beispiele für die arbeitgeberfreundlichen Merkmale: Durch die kürzere Arbeitszeit steigt die Leistungsfähigkeit der Arbeitenden, was zu einer Gewinnerhöhung des Unternehmens führt (mehr Leistung in gleicher Zeit). Dazu kommt noch, daß die von Teilzeitbeschäftigten geleisteten Überstunden wie normale Arbeitsstunden entlohnt werden, da nach österreichischem Arbeitsrecht nur die Leistungen als Überstunden bezahlt werden, die über die gesetzliche Wochenarbeitszeit, eben 40 Stunden liegen. Ein weiterer Vorteil für die Unternehmer ist die Tatsache, daß bei vielen Teilzeitbeschäftigten das Interesse an der aktiven Gestaltung ihrer betrieblichen Situation sehr gering ist. Die meisten von ihnen sehen die Teilzeitarbeit als Zusatzverdienst oder Übergangslösung, daher ist das Interesse an der Verbesserung der Arbeitssituation nicht weit verbreitet. Nur wenige Teilzeitbeschäftigte sind gewerkschaftlich organisiert, was oft zusätzlich zu einem Fehlen an Solida-

Jetzt

rität mit den aktiven Kolleg/inn/en führt.

Schon aus diesen wenigen Beispielen ist zu erkennen, daß die Ausweitung der Teilzeitarbeit nicht zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen und einer Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse führen kann. Ein erster Schritt, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Lage der Arbeiter zumindest in diesem Bereich zu verbessern, ist die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Schon ein Blick auf die Geschichte zeigt, daß die Vertreter des Kapitals, wenn es Arbeiterkämpfe mit einer entschlossenen Führung gab, nie darum herumgekommen sind, einen Teil der steigenden Profite

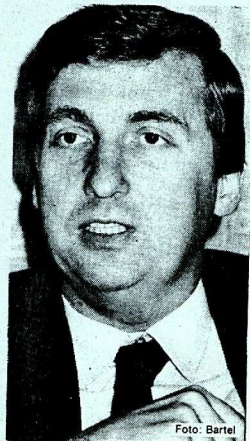


Foto: Bartel

Jetzt müsste der ÖGB Aktionen setzen

in neue Arbeitsplätze (durch die Verkürzung der Arbeitszeit) umzuwandeln.

In der Gegenwart würde bei Betrieben, in denen in Schichten gearbeitet wird, die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Einrichtung einer vierten oder sogar fünften Schicht bedeuten. Dies wäre ein Schritt zur Verwirklichung der Forderung "Verteilung der Arbeit auf alle Hände".

Der ÖGB hat sich das Ziel eines Generalkollektivvertrags über die Einführung der 35-Stunden-Woche bis 1991 gesetzt. Das ist natürlich immer noch viel zu wenig, wäre aber grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Doch schon jetzt haben Unternehmerverbände dezitiert erklärt, diesen Generalkollektivvertrag niemals zuzustimmen. Bei Beibehaltung der jetzigen ÖGB-Politik werden sie das auch 1991 tun.

Aufgabe des ÖGB wäre es daher schon längst gewesen, sich sowohl inhaltlich als auch organisatorisch auf einen Arbeitskampf vorzubereiten. Durch eine offensive Gewerkschaftspolitik könnte nicht nur die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sondern auch weitere Arbeitszeitverkürzungen gemäß des technischen Fortschritts erreicht werden.

Antonie Mayer SJ 5



WAS WIR WOLLEN

Liebe Genossen/innen

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Diese Übergangsforderungen sind einzeln betrachtet notwendig und logisch; die Gesamtheit der Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische Gesellschaftssystem überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, bitte schreibt uns, wir werden gerne jede solidarische Kritik diskutieren.

* Wir wollen eine absolute Mehrheit der SPÖ auf Grundlage eines sozialistischen Programmes.

* Ihre Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein, kein Parteifunktionär darf mehr verdienen als ein durchschnittlicher Facharbeiter, sie sollen wissen, wen sie vertreten!

* Die SPÖ muß wieder zu einer ebenso eindeutigen Interessensvertretung der lohnabhängigen Bevölkerung werden, wie ÖVP und FPÖ es für die Kapitalisten sind!

Wohnen

* Wir fordern einen Mindestlohn von 10.000 Schilling netto für alle Arbeitnehmer, um ein menschenwürdiges Leben zu garantieren!

* Die Mieten dürfen nie mehr als 20% des Nettoeinkommens ausmachen.

* Wir fordern die Verstaatlichung der großen Bauergesellschaften zur Durchführung eines massiven staatlichen Wohnbauprogramms unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

* Wir wollen die Überführung von Bebauungsgebieten und allen leerstehenden Wohnungen in Gemeineigentum.

Jugendarbeitslosigkeit

* Wir fordern einen garantierten Ausbildungsplatz für alle. Wir wollen keine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben!

* Ausbildung muß aus der Unternehmerhand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Gewerkschaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.

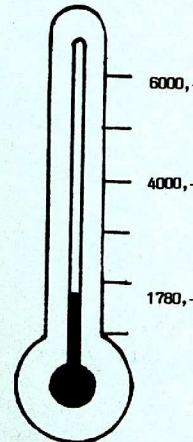
* Lehrlinge dürfen keine billigen Arbeitskräfte sein, daher wollen wir einen Mindestlohn von 8.000,- netto während der Lehrzeit.

Bildung

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und jederzeitige Möglichkeit für Arbeiter, sich bei voller Lohnfortzahlung kostenlos weiterzubilden.

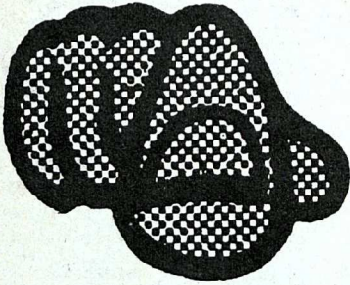
* Schluß mit Leistungsdruck und Auslese, für eine vollständige Überarbeitung und Kontrolle der Lehrhalte durch Schüler, Lehrer, Eltern und Gewerkschaften!

Vorwärts hat sich zum Ziel gesetzt, einen starken marxistischen Flügel innerhalb von SPÖ, SJ und Gewerkschaften aufzubauen. Das wir dabei nicht auf die Leute mit dicken Bankkonten zählen können, ist uns klar. Diese finanzieren lieber die Zeitungen, die auch ihre Interessen vertreten (Krone, Kurier, Presse, ...). Vorwärts hat eine andere Finanzierungsbasis. Vorwärts wird von der ersten bis zur letzten Seite von aktiven Sozialisten gestaltet und aus der Arbeiterbewegung finanziert. So trafen bis Redaktionsschluß 1780 ÖS an Spenden ein. Doch das kann erst der Anfang gewesen sein. Unser Ziel ist es, jeden Monat bis Ende 1989 tausend Schilling für eine Speicherverweigerung unserer Schreibmaschine und einen Kopierer zu sammeln. Da wir uns das Ziel einer zweimonatlichen Zeitung gesetzt haben, ist das unbedingt nötig. Auch die kleinste Spende ist für uns wichtig, denn wir haben unser Ziel noch lange nicht erreicht!



VORWÄRTS

Fortsetzung: WAS WIR WOLLEN



- * Für die Einführung des 10. Pflichtschuljahres und des 2. Berufsschultages!
- * Für die Abschaffung des dualen Bildungssystems, keine Trennung zwischen berufs- und allgemeinbildenden Schulen!
- * Wir fordern die Einführung eines Basislohnes von 8.000,- für alle, die nicht arbeiten!

Arbeitszeitverkürzung und neue Technologien

- * Wir fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und die weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technologischen Fortschritt.

- * Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals- für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern in einer demokratischen Planwirtschaft mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken.

Verstaatlichte

- * Schluß mit den Entlassungen in der verstaatlichten Industrie!
- * Wir fordern die weitgehende Verstaatlichung aller großen Industrien und Banken Österreichs.
- * Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates zu gleichen Teilen übernehmen!

Für eine geplante Wirtschaft

- * Wir werden die echte Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie in einer geplanten Wirtschaft durchsetzen.

- * Planen wir die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!
- * Demokratische Arbeiterplanung, -kontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Ländern zu verhindern.

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

**SPENDET
FÜR**

VORWÄRTS

Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
- 5 Ausgaben zu 50,- ÖS ○
- 10 Ausgaben zu 100,- ÖS ○
- ein VORWÄRTS-Förderabo zu ÖS ... beziehen (ab 50,- ÖS) ○

Einsenden an:
VORWÄRTS c/o Andrea Koch,
Weldeng. 26/1/7, 1100 Wien